

# presse

---

AG Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

## Erste Fortschritte bei iranischen Atomgesprächen

*Zu den gestrigen Gesprächen der Vetomächte des UN-Sicherheitsrates und Deutschlands mit Iran erklärt der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung **Rolf Mützenich**:*

In die Verhandlungen zur Lösung der iranischen Atomkrise scheint Bewegung geraten zu sein. Laut dem EU-Chefunterhändler Javier Solana dürfe die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) "in einigen Wochen" die zweite Atomfabrik des Landes besichtigen. Bis Ende Oktober soll es weitere Gespräche geben. Sollte der Iran tatsächlich eine Inspektion der gerade enthüllten Anlage in Qom erlauben, wäre dies zumindest ein Anfang.

Ein weiteres positives Signal ist das direkte Gespräch zwischen US-Unterhändler William Burns und dem iranischen Chefunterhändler Said Dschalili. Es ist das erste Treffen dieser Art seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und dem Iran vor 30 Jahren. Auch wenn beide Länder in der Vergangenheit bereits Gespräche über die Lage in Afghanistan und im Irak geführt haben, ist es das erste Treffen auf so hoher Ebene. Damit haben die USA eine alte Forderung Irans nach direkten und umfassenden Gesprächen erfüllt und dazu beigetragen, Vertrauen und Sicherheit aufzubauen. Offenbar hat sich der Iran nach US-Angaben bei den gestrigen Verhandlungen auch grundsätzlich zur Anreicherung seiner Uran-Vorräte in Russland bereit erklärt.

Trotz der sich abzeichnenden Fortschritte gilt es vor übereilter Euphorie zu warnen. Teheran muss seine Bereitschaft zur vollen Kooperation erklären und alle Anlagen den Inspektoren der IAEA öffnen. Sollte Iran weiterhin gegen Völkerrecht verstoßen, muss die internationale Gemeinschaft reagieren. Mit dem Amtsantritt von Obama sind einige grundlegende Forderungen Teherans - wie die nach direkten Gesprä-

chen und dem Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie - erfüllt worden.

Darüber hinaus sollte auch das Schicksal der inhaftierten politischen Gefangenen im Iran nicht in Vergessenheit geraten. Hier muss die neue Bundesregierung die Politik Frank-Walter Steinmeiers fortsetzen und klar Stellung beziehen, um den Druck auf Teheran aufrechtzuerhalten.

Es bleibt zu hoffen, dass die sich abzeichnenden Fortschritte einen Beitrag zur Lösung der iranischen Atomkrise leisten und nicht nur ein weiteres Intermezzo im ewigen Katz-und-Maus-Spiel zwischen Teheran und der internationalen Gemeinschaft darstellen.